Wirtschaftsverbände verharren im Kampf gegen den Atomausstieg in alten Denkmustern

Die Schamfrist der Wirtschaft

ALAN CASSIDY

In Namie, einer japanischen Kleinstadt in der Nähe von Fukushima, schütten die Bauern jeden Tag die verstrahlte Milch ihrer Kühe in den Abguss. In Bern, im gepflegten Sitzungszimmer des Hotels Allegro, sitzt diese Woche Economiesuisse-Chef Gerold Bührer und giesst sich Mineralwasser aus den Schweizer Alpen in ein Glas. Er nimmt einen Schluck und sagt: Die Atomkraftwerke der Zukunft werden viel sicherer sein. Während Bührer Wasser trinkt, dringt in Fukushima noch immer Radioaktivität aus den havarierten Reaktoren. Kürzlich liess die japanische Regierung zwei weitere Ortschaften evakuieren. Die Folgen der Katastrophe sind nicht abzuschätzen. Das fanden nach dem Unglück auch viele bürgerliche Politiker. Selbst ehemals stramme Befürworter der Atomenergie wechselten ins Lager der Skeptiker. Sie begannen die Arbeit an Szenarien, um den geordneten Ausstieg aus der Atomenergie zu realisieren. Nach Fukushima könne man nicht einfach weitermachen wie bisher, sagten sie.

Die Verbände sagen, sie nähmen die Sorgen um Atomkraft ernst. Und machen das Gegenteil.

Die Wirtschaftsverbände schwiegen. Nun, nach einer minimalen Schamfrist von ein paar Wochen, wagen sich die Atombefürworter aus der Deckung. Zuerst die Energiewirtschaft, dann die Industrie und die Grossunternehmen. Mit grosser Selbstverständlichkeit verkünden sie, die Schweiz könne unmöglich auf Kernenergie verzichten. Ohne billigen Atomstrom seien Arbeitsplätze und der Wirtschaftsstandort in Gefahr, sagen sie. Es ist der Versuch, die Angst vor der Unberechenbarkeit der Atomkraft durch die Angst vor dem Loch im Portemonnaie zu ersetzen.
Dabei ist es auch bei den Wirtschaftsverbänden die Furcht, die sie umtreibt: In den nächsten Wochen entscheidet das Parlament darüber, ob in der Schweiz noch neue Atomkraftwerke gebaut werden dürfen. Bührer und seine Mitstreiter wissen, dass ihnen die Zeit davonläuft. Deshalb sagen sie, sie nähmen die Sorgen der Bevölkerung ernst. Und machen dann das Gegenteil. Mit aller Kraft arbeiten die Wirtschaftsverbände darauf hin, den Entscheid über einen geordneten Atomausstieg hinauszuzögern oder am besten gleich ganz abzublasen. Wankelmütige Mittepolitiker werden nun heftig bearbeitet.

ENTSCHEID IST NÖTIG. Es ist jedoch zu spät, um in der Energiepolitik so zu tun, als wäre nichts geschehen. Wie es gehen könnte, macht Deutschland vor. Sieben Atomkraftwerke hat die bürgerliche Koalitionsregierung unter Angela Merkel bereits stillgelegt, weitere werden wohl folgen. Schon in zehn Jahren könnte das Land komplett aus der Atomenergie aussteigen. Auch Japan hat angekündigt, keine neuen Atomkraftwerke bauen zu wollen. Deutschland und Japan – das sind die dritt- und viertgrössten Volkswirtschaften der Welt.
Es stimmt, dass Strom aus Atomkraft derzeit günstiger ist als jener aus Wind- und Sonnenenergie und anderen erneuerbaren Quellen. Es stimmt auch, dass es schon heute im Bereich der Alternativenergien Projekte gibt, die staatliche Fördergelder erhalten, obwohl sie wenig bis nichts taugen. Die Gefahr solcher Subventionsfallen ist echt. Lösen lässt sich dieses Problem nur, wenn erneuerbare Energien nicht länger eine Nischenoption sind im bisherigen Strommix aus Wasser und Atom.
Die Energiewirtschaft braucht eine klare Vorgabe der Politik in der Form eines definierten Ausstiegszeitpunkts aus der Atomenergie. Erst dann werden die Milliardenbeträge, die sonst weiter in die Atomindustrie fliessen, im grossen Stil in zukunftsträchtigere Projekte investiert. Erst dann entsteht im Bereich der erneuerbaren Energien eine Dynamik, die zu marktfähigen Lösungen führt. Genau dies meinen auch bürgerliche Energiepolitiker, wenn sie sagen, dass sich die Wirtschaftsverbände innovationsfeindlich verhalten, indem sie stur an der Atomenergie festhalten.

DURCHSCHAUBAR. Die sture Haltung lässt sich erklären: Für die Wirtschaftsverbände kommt der anstehende Grundsatzentscheid im Parlament zu früh. Ihr Kalkül geht dahin, dass sich eine zukünftige Volksabstimmung über ein neues Atomkraftwerk gewinnen lässt – unter grossem Einsatz von Mitteln zwar, und angesichts der atomkritischen Stimmung in der Bevölkerung sicher nicht in nächster Zeit. Aber sehr wohl in einigen Jahren, wenn die Katastrophe von Fukushima ganz aus den Schlagzeilen verschwunden ist und die Risiken der Atomenergie nicht mehr so sichtbar sind. Deshalb versuchen sie jetzt, einen Grundsatzentscheid zu verhindern.
Diese Strategie ist aus Sicht der Wirtschaftsverbände verständlich. Für die Energieversorgung der Schweiz ist sie jedoch falsch.
alan.cassidy@baz.ch

Weiter wie bisher. Bruno Zuppiger, Präsident des Schweizer Gewerbeverbands, Gerold Bührer, Präsident von Economiesuisse, und Hans Hess, Präsident Swissmem (von links). Foto Keystone

nachrichten

Bund bekämpft die soziale Ausgrenzung

BERN. Wer unterdurchschnittlich gebildet ist oder Kinder aufzieht, dem droht in der Schweiz statistisch gesehen soziale Ausgrenzung. Diese seit längerer Zeit gewonnene Erkenntnis wird nun auch vom ersten statistischen Sozialbericht bestätigt, den der Bundesrat am Mittwoch vorgelegt hat. Trotz des Strukturwandels der letzten zwei Jahrzehnte funktioniere in der Schweiz die Absicherung der wichtigsten sozialen Risiken wie Alter, Krankheit oder Invalidität gut, heisst es in dem Bericht, den der Bundesrat in Erfüllung eines Postulats von Nationalrat Stéphane Rossini (SP/VS) erstellen liess. SDA

Al Qaida bleibt in der Schweiz verboten

BERN. Die Terrororganisation Al Qaida und ihre Ableger bleiben in der Schweiz auch in Zukunft verboten. Das Verbot war nach den Terroranschlägen von New York im November 2001 erlassen und seither mehrmals verlängert worden. Ende Jahr läuft der auf Notrecht basierende Erlass definitiv aus. Der Bundesrat hat darum beschlossen, dem Parlament den Entwurf einer neuen Verordnung vorzulegen. So kann das Verbot für drei Jahre weitergeführt werden. SDA

Protest wegen Nichtwahl von Thanei

ZÜRICH. Innerhalb der SP Schweiz formiert sich Widerstand gegen die Nicht-Nomination der Zürcher SP-Nationalrätin Anita Thanei. Die Aargauer alt Nationalrätin Agnes Weber hat eine Unterschriftensammlung lanciert, um die Zürcher Parteileitung zum Umdenken zu bewegen. Rund 70 Personen haben bereits unterschrieben, darunter bekannte SP-Vertreter wie Nationalrätin Chantal Galladé, der ehemalige Preisüberwacher Rudolf Strahm sowie Strafrechtsprofessor und Nationalrat Daniel Jositsch. SDA

Bundesrat verstärkt SBB-Verwaltungsrat

BERN. Der Bundesrat hat zwei neue SBB-Verwaltungsräte ernannt: Hans-Jürg Spillmann und Daniel Trolliet gehören neu dem zehnköpfigen Gremium an. Trolliet, Verbandssekretär der Gewerkschaft des Verkehrspersonals (SEV), ersetzt den zurücktretenden Personalvertreter Hans Bieri. SDA

Die Verwaltung angeschwärzt, Bundesrat Merz entlastet

Gutachten zur Doppelbesteuerungsabkommen-Misere veröffentlicht

PHILIPP LOSER, Bern

Finanzpolitiker aller Lager gaben bisher alt Bundesrat Hans-Rudolf Merz die Schuld für die Anpassung der bereits verhandelten Doppelbesteuerungsabkommen. Doch die Verwaltung kommt zu einem anderen Schluss.

In kleinen Sätzen der Verwaltung verstecken sich nicht selten grosse Dinge. «Der Bericht kommt zum Schluss, dass die politische Brisanz unterschätzt und die Departementsführung zu spät informiert wurde», ist so ein kleiner Satz. Im Februar dieses Jahres war es, als der Bundesrat unter der energischen Führung der neuen Finanzministerin Eveline Widmer-Schlumpf in einer Hauruck-Aktion bereits ausgehandelte Doppelbesteuerungsabkommen (DBA) wieder zur Debatte stellte. Die Abkommen erfüllten die Standards der OECD nicht und mussten unter grossem Gejaule der Kommission für Wirtschaft und Abgaben noch einmal verhandelt werden.

Die Geschichte war damals rasch erzählt. Zwei Jahre habe man die Anpassung der Standards kommen sehen und nichts unternommen. Viele Finanzpolitiker aus allen politischen Lagern hatten ihren Schuldigen schnell gefunden. «Es ist gut vorstellbar, dass Merz seinen Chefbeamten erlaubte, die Einwände der OECD beim Verhandeln der Verträge zu ignorieren», mutmasste CVP-Nationalrat Pirmin Bischof (SO) damals.

POLITISCHER ENTSCHEID. Eine gestern veröffentlichte verwaltungsinterne Untersuchung kommt nun zu einem anderen Schluss. Schuld am Schlamassel sei einzig die Eidgenössische Steuerverwaltung (ESTV) und mit ihr der im Gutachten nicht erwähnte Direktor der ESTV, Urs Ursprung. Spätestens im Frühjahr 2010 hätten die beteiligten Stellen auf ein mögliches Scheitern der Verhandlungen aufmerksam gemacht werden sollen. Der Entscheid, wie mit den OECD-Standards umzugehen sei, sei kein juristisch-technischer, sondern ein politischer gewesen. Und darum wäre eine «Information der Departementsführung geboten gewesen».

Als Konsequenz aus der Fehlleistung wird die Abteilung Internationales im ESTV, in der die DBA bisher ausgehandelt wurden, in das Staatssekretariat für Finanzfragen transferiert. Manche Kritiker geben sich damit jedoch nicht zufrieden. «Das reicht nicht, um Herrn Merz reinzuwaschen», sagt etwa SP-Nationalrätin Susanne Leutenegger Oberholzer. Der Bundesrat müsse sich gleichzeitig Gedanken über personelle Konsequenzen in der ESTV machen. Was diese von der Untersuchung hält, liess sie gestern offen.

Tessiner wehren den Anfängen

In der Südschweiz kommt die Initiative zum Burkaverbot zustande

GERHARD LOB, Bellinzona

Als erster Kanton wird das Tessin über ein Burkaverbot abstimmen. Unter den Initianten: alt FDP-Regierungsrätin Marina Masoni.

Genau 11 600 Unterschriften werden Giorgio Ghiringhelli und seine Mitstreiter heute auf der Staatskanzlei des Kantons Tessin in Bellinzona deponieren. Damit ist klar, dass die vom 59-jährigen Journalisten lancierte Volksinitiative für ein Verhüllungsverbot zustande gekommen ist. Denn 10 000 Unterschriften sind dafür nötig.

EIN NOVUM. Innert zwei Jahren muss der Grosse Rat nun Stellung beziehen. Da es um eine Verfassungsänderung geht, wird das Stimmvolk auf alle Fälle in dieser Angelegenheit an die Urne gerufen – ein Primeur für die Schweiz. Gefordert wird ein generelles Verhüllungsverbot im öffentlichen Raum.

Vorlage für den Initiativtext ist eine Regelung, wie sie seit dem 11. April in Frankreich in Kraft ist. Von Burka oder Nikab steht nichts im Gesetzestext. «Auch vermummte Demonstranten und Hooligans machen sich strafbar», so Ghiringhelli, der jedoch keinen Hehl daraus macht, dass die Initiative vor allem ein Zeichen gegen die schleichende Islamisierung setzen soll.

Kritiker wie alt Regierungsrat Luigi Pedrazzini (CVP) werfen Ghiringhelli vor, dass er ein nicht bestehendes Problem auf die politische Agenda setzt. Denn vollverschleierte Frauen sind in der Südschweiz nie zu sehen – abgesehen von vereinzelten Touristinnen aus dem arabischen Raum.

Der Initiant räumt dies zwar ein. «Doch unsere Initiative soll präventiv wirken», sagt er. Und das Gesetz wirke vielleicht abschreckend auf einen reichen Araber, der glaube, sich im Tessin mit seinen Frauen niederlassen zu können. Neun Personen unterschiedlicher politischer Couleur aus dem Initiativkomitee denken ähnlich. Darunter – ganz prominent – Marina Masoni, die 2007 abgewählte FDP-Regierungsrätin.

UNWÜRDIGES VERBOT. Ein solches Verbot sei eigentlich einer freien Gesellschaft unwürdig, «aber es gibt Momente und Umstände, die einen solchen Schritt nötig machen, um unsere schwer erkämpfte Freiheit zu verteidigen», schreibt sie auf ihrer Homepage. Und: «Burka und Nikab sind in Europa sehr präsent und bringen uns das Modell einer geschlossenen Gesellschaft.»

Die ehemalige SP-Grossrätin Iris Canonica ist im Komitee vertreten genauso wie Lega-Nationalrat Lorenzo Quadri und Exponenten der SVP. «Gerne hätte ich eine entsprechende eidgenössische Volksinitiative lanciert, doch dafür reichen Energie und Mittel nicht», so Ghiringhelli. Er hoffe aber, dass andere Kantone dem Tessiner Beispiel folgen.

Sollte sich das Stimmvolk in einer Abstimmung effektiv für das Verhüllungsverbot aussprechen, kommt dieses – da eine Verfassungsänderung – vor die Bundesversammlung, die sich zur Kompatibilität mit der Bundesverfassung äussern muss.

In Bundesbern stiessen Burka- und Nikabverbot bis anhin nicht auf Wohlwollen. Der Ständerat lehnte am 9. März dieses Jahres eine entsprechende Standesinitiative aus dem Kanton Aargau mit 24 zu 4 Stimmen ab. Das Votum im Nationalrat steht noch aus.